

Stand: 29.06.2026 08:31:59

Vorgangsmappe für die Drucksache 17/9214

"Verlässliche Finanzgrundlage für kommunale Infrastruktur - Fortführung und Erhöhung der Entflechtungsmittel"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 17/9214 vom 27.11.2015
2. Mitteilung 17/9978 vom 11.02.2016



Antrag

der Abgeordneten **Bernhard Roos, Annette Karl, Andreas Lotte, Natascha Kohnen, Susann Biedefeld, Martina Fehlner SPD**

Verlässliche Finanzgrundlage für kommunale Infrastruktur – Fortführung und Erhöhung der Entflechtungsmittel

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich auf Bundesebene dafür einzusetzen,

1. dass eine Fortführung der Entflechtungsmittel über das Jahr 2019 hinaus garantiert wird;
2. dass die fortgeführten Entflechtungsmittel nach 2019 dynamisiert und damit spürbar erhöht werden.

Begründung:

Städte und Gemeinden sind bei der Realisierung kommunaler Straßenbauvorhaben und anderer Infrastrukturinvestitionen angesichts leerer Kassen in besonderer Weise auf Bundesmittel angewiesen.

Mit Blick auf die Regionalisierungsmittel konnte bereits die erfreuliche Einigung zwischen dem Bund und den Ländern verzeichnet werden, wonach der Freistaat Bayern jährliche zusätzliche Mittel in Höhe von 100 Mio. Euro über das Jahr 2019 hinaus zur Verfügung haben wird.

Keine Einigung wurde bislang bei der Fortführung der sogenannten Entflechtungsmittel, die für die Finanzierung von gemeindlichen Straßen, Brücken und Tunnel unverzichtbar sind, erreicht.

Doch gerade hier ist mit Nachdruck dafür Sorge zu tragen, dass diese bis 2019 befristeten Mittel auch über den Stichtag hinaus zur Verfügung stehen und den stetig zu verzeichnenden Kostensteigerungen bei der Realisierung kommunaler Infrastrukturprojekte dynamisch angepasst werden.



Mitteilung

Antrag der Abgeordneten Bernhard Roos, Annette Karl, Andreas Lotte u.a. SPD

Drs. 17/9214

Verlässliche Finanzgrundlage für kommunale Infrastruktur – Fortführung und Erhöhung der Entflechtungsmittel

Der Antrag mit der Drucksachennummer 17/9214 wurde zurückgezogen.

Landtagsamt